

Weltwoche etc. 2023-16 - zusammengestellt von H. Pöltelt - Teil 2

Inhaltsverzeichnis

S.1 **Im Nahen Osten finden tektonische Macht-Verschiebungen statt – mit Folgen für die ganze Welt**, 19.04.2023 von NICOLAS DVORAK

S.2 **Merkels Betrug und die westlichen Pläne** - von Dagmar Henn, 19.04.2023

S.5 **Putin verteidigt sein Land und sein Volk - Geopolitik-Experte Pierre de Gaulle, der Enkel von General Charles de Gaulle, klagt an ...**

S.13 **Drohnen aus der Drohne – Rheinmetall überrascht mit einzigartigem Waffensystem**
WELT, 14.04.2023, von Gerhard Hegmann

S.15 **Der kaukasische Teufelskreis** - von Luca Steinmann

S.17 **Handel mit dem Feind**- von Seymour Hersh

S.20 **Ukraine News: Putin besucht russische Truppen in eroberten Gebieten** - DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN, 18.04.2023

S.21 **Rückschau und Historie- das orthodoxe Osterfest in Russland und Ukraine**
Von Marcel Bühler, Zürich, 19.04.2023

Im Nahen Osten finden tektonische Macht-Verschiebungen statt – mit Folgen für die ganze Welt, 19.04.2023 von NICOLAS DVORAK

Der Nahe Osten ist in Bewegung geraten, die Machtachsen verschieben sich. Die Folgen dürften weltweit spürbar sein.



Syriens Präsident Assad. Der Nahe Osten ist in Bewegung geraten. (Foto: dpa)

Im Nahen Osten verschieben sich die diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Machtachsen – mit weitreichenden Auswirkungen.

Iran lädt saudischen König ein

Irans Staatsführung hat im Zuge der Annäherung an den regionalen Rivalen Saudi-Arabien dessen König Salman eingeladen. Das sagte Außenamtssprecher Nasser Kanaani am Montag in Teheran, wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet. Auch eine zuvor vom Königreich verschickte Einladung an Irans

Präsidenten Ebrahim Raisi sei angenommen worden. Zum Termin der geplanten Staatsbesuche war zunächst nichts bekannt.

Der Iran und Saudi-Arabien wollen nach sieben Jahren diplomatischer Eiszeit und nach Jahren immenser Spannungen wieder bilaterale Beziehungen aufnehmen. Beide Länder ringen in der Region um politischen und militärischen Einfluss. Eine Annäherung könnte in der Region zu größeren Umbrüchen führen, darunter im Jemen, wo beide Länder rivalisierende Seiten im Stellvertreterkrieg unterstützen.

Die **Annäherung zwischen Riad und Teheran ist umso bemerkenswerter**, weil sie auf eine diplomatische Initiative Chinas zurückzuführen ist. Die Chinesen haben dadurch ihre Fähigkeit unterstrichen, politische Initiativen in einer Region zu lancieren, die bislang politische und militärisch von den USA dominiert wurde.

Im Rahmen eines Treffens der Außenminister beider Länder in hatten beide Seiten beschlossen, ihre Botschaften in den jeweils anderen Ländern wieder zu eröffnen. In einem Interview mit der Staatsagentur IRNA sagte Aliresa Enajati, Generaldirektor im Außenministerium für die Golfregion, eine Wiedereröffnung sei bis zum 9. Mai dieses Jahres geplant.

Syriens diplomatische Isolation endet

Auch das Verhältnis zwischen Syrien und anderen arabischen Staaten unterliegt derzeit großen Veränderungen. Die diplomatische Isolation, welche vom Westen und einigen Golfmonarchien nach dem Ausbruch der vom Ausland unterstützten Unruhen und der Niederschlagung der Proteste durch Damaskus ab dem Jahr 2011 aufgebaut wurde, bröckelt.

Im Zuge der Annäherung Syriens und Saudi-Arabiens hat der saudische Außenminister Faisal bin Farhan am Dienstag den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad besucht. Bei dem Treffen sprachen die beiden auch über eine politische Lösung für den Konflikt in Syrien, wie das saudische Außenministerium mitteilte. Dies sei auch im Interesse des Golfstaats. Eine enge Verbindung zwischen Saudi-Arabien und Syrien sei wichtig für die gesamte Region, sagte Assad nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur Sana.

Nach Abbruch ihrer Beziehungen verhandeln die beiden Länder seit kurzem über die Wiederaufnahme konsularischer Dienste. Syriens Außenminister Faisal al-Mikdad war bereits vergangene Woche zu Gesprächen im Golfstaat.

Es wird erwartet, dass bin Farhan den syrischen Präsidenten nach Saudi-Arabien einladen wird. Assad soll voraussichtlich nach Ende des Fastenmonats Ramadan im Golfstaat empfangen werden. Assad war das letzte Mal im Oktober 2010 zu einem offiziellen Besuch in Saudi-Arabien gewesen.

Für Syriens international isolierten Präsidenten Assad ist die Annäherung an das einflussreiche Königreich ein wichtiger politischer Erfolg. Die Erdbeben vom 6. Februar in Syrien und der Türkei hatte er zum Anlass genommen, wieder stärker in Kontakt mit seinen arabischen Nachbarn zu treten und dies öffentlichkeitswirksam zur Schau zu stellen.

Nach langer diplomatischer Eiszeit nähern sich auch Syrien und Tunesien wieder an. Der Präsident des nordafrikanischen Landes, Kais Saied, empfing am Dienstag laut Sana den syrischen Außenminister Al-Mikdad zu einem Gespräch in Tunesien.

Zuvor hatten sich syrische Regierungsbeamte mit hochrangigen Repräsentanten der **Vereinigten Arabischen Emirate**, der **Türkei** und des Oman getroffen. Auch diese drei Länder standen im syrischen Stellvertreterkrieg aus Sicht der syrischen Regierung mehr oder weniger auf der gegnerischen Seite.

China gewinnt an Bedeutung

Die politische Entspannung in der Region wird, wie bereits geschildert, **aktiv von den Chinesen vorangetrieben**. Möglich wurde dies, weil Peking mit allen bislang verfeindeten Seiten wirtschaftliche Kontakt aufgebaut und diese in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt hatte.

Geostrategisch entscheidend dürfte die Frage sein, ob die betreffenden Länder ihren Handel mit Energieprodukten von US-Dollar auf andere Währungen wie etwa den chinesischen Renminbi oder den Dirham der Vereinigten Arabischen Emirate umstellen werden. In diesem Fall verliert der Dollar und insbesondere das dahinterstehende Petrodollar-System an Bedeutung. Dieses wiederum stellt aber eine wichtige Stütze der US-amerikanischen Machtentfaltung weltweit dar.

Berichte, wonach China und Saudi-Arabien über eine Abwicklung des bilateralen Rohölhandels in Renminbi verhandeln, sind deshalb relevant.

Schon jetzt zeigt sich, dass viele Länder des Nahen Ostens inzwischen unter Berücksichtigung der USA eine autonomere Politik verfolgen. Aufhorchen ließ zuletzt eine vom Opec-Kartell in Absprache mit Russland getroffene Absenkung der Fördermengen von Rohöl, **welche direkt gegen die Interessen der US-Regierung gerichtet war.**

XXX

Merkels Betrug und die westlichen Pläne **Von Dagmar Henn, 19.04.2023**

Die Geständnisse von Merkel und Hollande bezüglich der Minsker Abkommen werden im Westen behandelt wie eine kleine Unanständigkeit. In Wirklichkeit ermöglichen sie einen Blick in einen Abgrund aus Hybris und wahnhaften Plänen.

Deutschland ist schon eigenartig unempfindlich geworden. Als wäre alles, was politisch geschieht, nur eine Fernsehsendung, keine Wirklichkeit; Handlungen ohne Bedeutung und ohne Sinn, für die niemand verantwortlich ist, weil sie keine Folgen haben. So in etwa war die Reaktion auf Merkels Enthüllung, mit den Minsker Abkommen habe sie nur der Ukraine Zeit verschaffen wollen. Die Aussage wurde hingenommen, als sei sie alltäglich, obwohl sieben Jahre lang behauptet worden war, Deutschland setze sich für einen Frieden in der Ukraine ein, den nur Russland verhindere.

Die doppelte Täuschung, Russlands wie der deutschen Öffentlichkeit, setzte sich nicht in Empörung um. Nicht einmal, als der ehemalige französische Präsident François Hollande seinerseits bestätigte, mit demselben Motiv verhandelt zu haben. Auch die Tatsache, dass das Minsker Abkommen durch Beschluss des UN-Sicherheitsrats zu geltendem Völkerrecht wurde – ohne dass die Vetomacht Frankreich dies verhinderte – und eine von Anbeginn geplante Sabotage dieses Abkommens einen gravierenden Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte, ließ dieses Verhalten nicht als kritikwürdig wahrnehmen. Nicht in den deutschen Medien. Nicht einmal die Tatsache, dass bereits ein Jahr nach Unterzeichnung dieser Abkommen die EU Sanktionen gegen Russland verhängte, weil Russland die Abkommen nicht umsetze, obwohl die beiden entscheidenden Staatschefs der EU wussten, dass sie selbst eine Umsetzung nie beabsichtigt hatten, verlieh diesen Handlungen ein besonderes Gewicht.

Doch selbst mit all diesen Punkten ist die Tiefe des Abgrunds, der sich mit diesen Aussagen eröffnet, noch lange nicht ausgelotet. Ich zumindest kann mich an keine vergleichbaren Aussagen erinnern. Nicht aus der eigenen Lebenszeit, aber auch nicht aus der Geschichte, dass Staatschefs zugegeben hätten, Friedensverhandlungen nur zum Schein geführt zu haben. Ganz zu schweigen davon, sich mit dieser Tat auch noch zu brüsten. Das heißt nicht, dass es ähnliche Handlungen nicht gegeben hat; aber was es nicht gab, war die öffentliche Aussage, Verträge nur zum Betrug genutzt zu haben, und die Überzeugung, für eine solche Aussage mitnichten verachtet, sondern gelobt zu werden.

Es ist schließlich nicht so, als hätte es keine Konsequenzen, wenn man Verträge von extrem hoher rechtlicher und politischer Qualität nur für Manövriermasse im eigenen Interesse hält. Man verliert gewaltig an Vertrauen, nicht nur beim Gegenüber dieses konkreten Vertrages, sondern ebenfalls bei allen anderen. Und genau an diesem Punkt beginnt eine ganze Reihe von Fragen.

Ja, es war bereits 2014 erkennbar, dass der Westen bereit war, eine ganze Menge von Institutionen und Normen zu opfern, um seine Absichten in der Ukraine zu verfolgen. Zwei Beispiele: Als im Frühjahr 2014 die russische Botschaft in Kiew angegriffen und mit Molotow-Cocktails beworfen wurde, war bereits keine Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat mehr möglich, obwohl das in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs selbstverständlich gewesen wäre – der Schutz der diplomatischen Vertretungen war schließlich ein gemeinsames Interesse. Ähnliches passierte im Sommer 2014, als sich der erste humanitäre Konvoi aus Russland auf den Weg in den Donbass machte und von der ukrainischen Grenzbehörde nicht eingelassen wurde, obwohl das ein klarer Verstoß gegen die Genfer Konventionen

ist. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das in diesem Fall gefragt gewesen wäre, gegen dieses Verhalten zu protestieren und die Durchfahrt einzufordern, äußerte sich nicht. Während sich im belagerten Donezk, das von der ukrainischen Armee selbst von der Wasserversorgung abgeschnitten worden war, eine humanitäre Katastrophe entwickelte, hatte man in den Medien wie in diversen im Westen angesiedelten internationalen Organisationen mal eben vergessen, was in den Genfer Konventionen über humanitäre Lieferungen steht.

Das hatte bereits einen eigenartigen Geschmack, weil Organisationen, die auf diese Art und Weise verwendet werden, dadurch kompromittiert werden und ihren lagerübergreifenden Charakter verlieren. Beide Fälle, in denen nicht reagiert wurde, betrafen Punkte, in denen eigentlich ein langfristiges Interesse bestehen sollte, die Funktionsfähigkeit der diplomatischen Strukturen wie der humanitären Organisationen zu wahren; weil es um Institutionen geht, die nützlich sind, wenn sich die Richtung des Handelns wieder ändert. Keine Konfrontation ist unbegrenzt, also ist es immer sinnvoll, ein Grundmaß an Kommunikationsmöglichkeiten zu halten. Das Verhalten des Westens in jenem Sommer vor acht Jahren hatte etwas von jemandem, der die Brücken hinter sich niederbrennt. Und das war schon so, lange ehe der Betrug von Merkel und Hollande bekannt wurde.

Aber ein solches Verhalten, insbesondere, wenn es eine derartige Missachtung des Völkerrechts mit einschließt, signalisiert nicht nur, dass man um jeden Preis auf Konfrontation setzt. Das ist immer noch nur die halbe Geschichte. Denn der einzige Moment, in dem man mit der Dreistigkeit, die Merkel und Hollande an den Tag legten, einen möglichen Gegner betrügt und belügt, ist, wenn man sich sicher glaubt, mit ebendiesem Gegner nie wieder über irgendetwas verhandeln zu müssen. Anders gesagt, wenn man überzeugt ist, dass dieser Gegner in der angestrebten Zukunft nicht mehr existieren wird, denn andernfalls hat ein solches Verhalten gravierende Konsequenzen. Mehr noch – man muss davon ausgehen, dass alle übrigen Beobachter, die dieses Verhalten wahrnehmen und ablehnen, so unbedeutend sind, dass auch sie keine Konsequenzen daraus ziehen können und sich weiter so verhalten müssen, als wäre da nichts gewesen.

Wäre der gesamte Westen tatsächlich an einer demokratischen Ukraine interessiert gewesen, und an deren "territorialer Integrität", er hätte Minsk umsetzen müssen. Ja, eine Umsetzung hätte einen Preis gefordert, einen einzigen – das Land hätte nicht weiter der Ideologie eines Stepan Bandera huldigen können, denn ein Frieden mit dem Donbass, beruhend auf direkten Gesprächen zwischen den Donbass-Republiken und Kiew, wäre mit dieser Ideologie nicht zu haben gewesen. Man kann also sagen, der Westen musste sich zwischen einer befriedeten, nicht nazistischen und einer aggressiven, nazistischen Ukraine entscheiden. Und er wählte Letztere.

Auch das lässt sich immer wieder in der Entwicklung der letzten neun Jahre belegen. Selbst ein Beharren auf der Vereinbarung zwischen Janukowitsch und der "Opposition" durch die Vertreter der EU hätte dazu geführt, dass die für Mai angesetzten Wahlen unter völlig anderen, weit demokratischeren Bedingungen stattgefunden hätten, weil der Terror, der sich am Tag nach dem Putsch zu entfalten begann, nicht möglich gewesen wäre. Ohne diesen Terror, ohne die Drohungen, die aus Kiew sofort in Richtung Krim erfolgten, hätte sich auch diese Frage anders entwickelt. An jeder einzelnen Wegkreuzung, an der die Vereinigten Staaten und die Länder der EU die Möglichkeit hatten, zwischen einer demokratischen und einer Bandera-Ukraine zu entscheiden, wählten sie die Bandera-Ukraine. Und es soll keiner behaupten, damit habe man der ukrainischen Bevölkerung einen Gefallen getan. Jedes einzelne Opfer der militärischen Auseinandersetzungen seit 2014 steht auf der Rechnung dieser westlichen Politik.

Hätte Merkel Stolz über diesen Betrug gezeigt, wenn sie dazu gezwungen worden wäre? Äußerst unwahrscheinlich; Handlungen, die man unter Druck vollzieht, beschämen, man ist nicht stolz auf sie. Sie aber freut sich daran, wie erfolgreich sie die Russen über den Tisch gezogen hat.

Man fragt sich, was so besprochen wurde, abends, bei Staatsbesuchen in Washington oder bei den G7-Treffen. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass im gesamten Westen die Erwartung bestand, Russland mit Sanktionen in die Knie zwingen zu können. Wenn man auf das Verhalten 2014 und 2015 zurückblickt, kommt es einem vor, als wären all die irrwitzigen Pläne, Russland in Stücke zu teilen,

bereits vor zehn, wenn nicht zwanzig Jahren Gesprächsthema zwischen den westlichen Politikern gewesen, und zwar nicht gelegentlich irgendwo am Rand, sondern immer wieder; als hätte jeder der Akteure, auch Merkel und Hollande, gewissermaßen sein Stückchen Beute schon vor Augen gehabt. Wie anders ist diese ungeheure Arroganz möglich, mit der die eigene Verhandlungsfähigkeit preisgegeben wurde? Nur wer absolut, unbeding, blind vom eigenen Sieg überzeugt ist, von einem Sieg nicht nur über Russland, sondern ebenso über China, würde es riskieren, einen Krieg gegen einen Gegner zu beginnen, mit dem man alle Gesprächsoptionen zerstört.

Der Betrug von Merkel und Hollande und ihr Stolz darauf ermöglichen einen Einblick in die wirklichen Überzeugungen dieser westlichen Führungsgestalten. Wenn man wahrnimmt, wie ungewöhnlich dieses Verhalten war und unter welchen Voraussetzungen es überhaupt möglich ist, wird sichtbar, dass schon der Putsch 2014 das Produkt eines wahnhaften Vernichtungsplans war, der zu diesem Zeitpunkt innerhalb der politischen Eliten des Westens abgesprochen, etabliert und vertraut gewesen sein muss. Das Geständnis der beiden belegt nicht nur die absolute Verachtung des Völkerrechts. Es belegt die grenzenlose Hybris des kolonialen Systems ebenso wie den Umfang und die Tiefe der Vorbereitungen für den heutigen Konflikt. Es belegt eine Schuld, die einen hohen Preis fordern wird.

Mehr zum Thema – [Harald Kujat über Merkels "Minsk"-Täuschung: "Ja, das ist ein Völkerrechtsbruch"](#)
[Ende einer Ära: Vereinte Nationen sind zu einem parteiischen Instrument des Westens verkommen](#)
[Scharfmacher Christoph Heusgen: Westen muss gegen Russland "aufs Ganze gehen"](#)

xxx

Putin verteidigt sein Land und sein Volk

Geopolitik-Experte Pierre de Gaulle, der Enkel von General Charles de Gaulle, klagt an: Die USA und Europa hätten Russland in einen Krieg gezwungen, den sie nicht gewinnen könnten. Die Zeit spiele für Wladimir Putin. Dessen Armee habe einen technologischen Vorsprung von mehreren Jahren.

Jürg Altwegg



Paris

Weltwoche: Monsieur de Gaulle, Sie pendeln zwischen Barcelona, wo Sie mit Ihrer Familie wohnen, und Genf, wo Sie als geopolitischer Berater für Unternehmen tätig sind. Wir sitzen hier in Paris zusammen, in einem Hotel ganz in der Nähe der Place Charles-de-Gaulle, die nach Ihrem Grossvater, dem General und Präsidenten, benannt ist. Was machen Sie in Paris?

Pierre de Gaulle: Mein Vater, Admiral Philippe de Gaulle, lebt hier. Er ist über hundert Jahre alt. Ich besuche ihn so oft wie möglich.

Weltwoche: Wie geht es ihm? Ende 2022 gab er dem *Journal du Dimanche* ein Interview und sprach vom Krieg gegen die Ukraine.

De Gaulle: Es geht ihm so gut, wie es einem Mann in seinem Alter gehen kann. Er sagte, dass man den Kontakt zu den Russen nicht abbrechen solle, denn Russland gehöre zu Europa. Er kritisierte die Politik von Emmanuel Macron, dem es an Perspektiven fehle und der kein grosses Projekt für Frankreich habe. Macron ist jetzt mit Ursula von der Leyen nach China gereist. Können Sie sich vorstellen, dass mein Grossvater einen europäischen Kommissar zum Besuch bei Mao Zedong mitgenommen hätte?

Weltwoche: Sie reisen regelmässig nach Russland. Das ist kompliziert geworden.

De Gaulle: Man kann über Dubai fliegen oder über Istanbul. Auch aus Serbien gibt es Flüge nach Moskau. Aus Helsinki ist es ein bisschen komplizierter. Aber problematischer ist sowieso die Tatsache, dass westliche Kreditkarten in Russland nicht mehr funktionieren.

Weltwoche: Sie waren bei der Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Endes der Schlacht von Stalingrad. Es gab keine westlichen Vertreter.

De Gaulle: Wir waren drei Franzosen. Der Organisator, meine Frau und ich. In der Krypta der Gedenkstätte zu Ehren aller Gefallenen auf dem Mamajew-Hügel habe ich mich bekreuzigt. Es war sehr bewegend. Ich bin Offizier, Sohn eines Admirals, Enkel eines Generals – Stalingrad war und ist für mich die Schlacht schlechthin. Die fürchterlichste des Zweiten Weltkriegs, zwei Millionen Tote. Der Patriotismus der Russen, die Inbrunst ihres Gedenkens haben mich aufgewühlt. In Wolgograd, dem früheren Stalingrad, befindet man sich im wahren Russland, das nicht mit Moskau vergleichbar ist. Die Frauen sind Töchter oder Enkel der Soldaten. Die weinen, wenn sie von der Schlacht reden. Ich habe die Russen als aufrechte, wahrhaftige, warmherzige Menschen kennengelernt. Auf den ersten Blick wirken sie etwas distanziert. Aber sie sind authentisch und ehrlich. Die Scheinheiligkeit des Westens ist ihnen fremd und verstört sie zutiefst.

«Die Scheinheiligkeit des Westens ist den Russen fremd und verstört sie zutiefst.»

Weltwoche: Warum reisten Sie nach Wolgograd?

De Gaulle: Um den Russen und ihrer Bevölkerung die Ehre für das im Kampf gegen den Nationalsozialismus vergossene Blut zu erweisen. Um der in der Schlacht gefallenen Soldaten zu gedenken. Um für den Frieden zu wirken. Ich bin dabei, eine Stiftung zu gründen. Ich führte Gespräche. Im diplomatischen Gespräch mit Russen wird man nicht unterbrochen. Man spricht zehn Minuten. Dann spricht der andere. So geht man das Problem an.

Weltwoche: Charles de Gaulle war zweimal in Stalingrad.

De Gaulle: 1944 und 1966. Für meinen Grossvater waren diese Besuche äusserst wichtig. Er verband die Schlacht mit der Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit der russischen Armee. Sie kompensierte die Ungleichheit der Mittel. Das hat ihn am meisten beeindruckt. Die Deutschen waren besser ausgerüstet und vorbereitet als die Russen, die gewaltige Verluste hinnehmen mussten. Aber in Stalingrad brachen sie der Wehrmacht das Rückgrat.

Weltwoche: Was haben Sie gesehen?

De Gaulle: Wir besuchten das frühere Generalquartier des Generalfeldmarschalls von Paulus. Hier befanden sich die vom Staat betriebenen Geschäfte. Die Mauern sind noch einigermaßen intakt. Die Emotionen, die von diesem Schauplatz ausgehen, überwältigen einen. Vor allem die Art und Weise, wie die Russen davon erzählen. Der Gouverneur von Wolgograd, der mich empfing, sagte mir, dass er alle westlichen Regierungen einlade: Sie sollten sich ein Bild davon machen, was damals geschah. Das würde ihnen erlauben, sich eine Vorstellung von der russischen Seele und der aufopfernden Widerstandsbereitschaft des russischen Volkes zu machen. Die russische Seele ist romantisch und melancholisch, in Wolgograd kann man sie begreifen. Auf dem Hügel Mamajew gibt es einen Charles-de-Gaulle-Weg. Mein Grossvater wird wegen seines Widerstands gegen Hitler-Deutschland verehrt. Aber auch, weil er zeit seines Lebens um gute Beziehungen zu Russland bemüht war. Ich wurde vom französischen Fernsehen über die Zeremonien befragt, das Interview wurde aber nicht ausgestrahlt.

Weltwoche: Gibt es in Kiew eine Avenue Charles-de-Gaulle?

De Gaulle: Ich weiss es nicht. Aber es gibt nach Stepan Bandera benannte Strassen. Der Freiheitsheld des ukrainischen Nationalismus hat in einer Uniform der Wehrmacht auf Seite der Deutschen gekämpft.

Weltwoche: Wie machen sich die Sanktionen im Alltag der Russen bemerkbar?

De Gaulle: Auch dafür interessierte ich mich. Ich konnte keinen negativen Einfluss feststellen. Es gibt keinen Mangel. Die Russen sind an ein Leben in Autarkie gewöhnt. Meine Frau musste in Wolgograd in eine Apotheke. Es gab Schmerzmittel, Tropfen, Antibiotika – alles Medikamente, an denen es in Frankreich mangelt. Wer hat ein Problem – sie oder wir? In Moskau und in den anderen grossen Städten sind die Geschäfte bis um 22 Uhr oder gar Mitternacht geöffnet. In den Restaurants kann man zu jeder Tageszeit essen. Das ist die russische Normalität. Man sagt, ich sei ein Putin-Versteher und deswegen blind. Aber hier handelt es sich um Tatsachen, die man zur Kenntnis nehmen muss. Für 2022 bescheinigte der Internationale Währungsfonds (IWF) Russland eine Rezession von 2,2 Prozent – man war von einem Zusammenbruch seiner Wirtschaft und infolgedessen des Regimes ausgegangen. Für das laufende Jahr geht man von einem Wirtschaftswachstum aus. 2024 soll es nach den Prognosen des IWF höher als das europäische ausfallen.

Weltwoche: Was wird am Fernsehen gezeigt und gesagt? Wie steht es um die Propaganda, die Sender wie Rossiya 1 verbreiten?

De Gaulle: Sie verteidigen ihr Land, sie verteidigen ihren Führer. Natürlich ist die Information gelenkt. Aber sie ist gleichwohl einigermassen objektiv. Wir haben es mit einer Nation zu tun, deren Volk und Kultur verleumdet und angegriffen werden. Sie verteidigt sich.

Weltwoche: Die russischen Auslandssender wie RT und Sputnik haben sich in die französischen Wahlen eingemischt. Zum Beispiel mit den Gerüchten, Macron sei homosexuell. Sie feuerten die Revolte der Gelbwesten an.

De Gaulle: Die sozialen Netzwerke? Man hat nachgewiesen, dass das nicht stimmt.

Weltwoche: Nicht nur – auch RT, Sputnik.

De Gaulle: Wenn Sie das Niveau der Propaganda in den westlichen Medien als Massstab nehmen, die Desinformation, das Fehlen von Pluralismus – Pardon: Wer manipuliert hier wen? Im russischen Fernsehen kann man sagen, was man will. Die Journalisten unterbrechen Sie nicht.

Weltwoche: Sie können sagen, was Sie wollen. Und was Sie sagen, hören die Russen gerne.

De Gaulle: Das stimmt, ich habe wie mein Grossvater stets die Notwendigkeit einer Partnerschaft mit Russland verteidigt.

Weltwoche: Nicht nur deswegen.

De Gaulle: Russische Journalisten fallen einem nicht ins Wort wie die französischen, die einen ständig unterbrechen, wenn man nicht sagt, was sie hören wollen. Es gibt in Russland eine ganze Serie von alternativen Programmen, die freier sind als die staatlichen. Aber je mehr das russische Volk verleumdet wird, umso entschlossener scharft es sich hinter dem Chef zusammen. Die Russen sind Patrioten. Von der Macht unabhängige Institute haben mit ihren Meinungsumfragen Putins Popularität ermittelt. Die Zustimmung sank nie unter 60 Prozent. Im Moment beträgt seine Popularität mindestens 70 Prozent.

«Pardon: Wer manipuliert hier wen? Im russischen Fernsehen kann man sagen, was man will.»

Weltwoche: Vielleicht hat das ja doch auch ein bisschen mit der Propaganda und Einschüchterung zu tun. Macron jedenfalls kann von solchen Quoten nur noch träumen. Die monarchistische Verfassung der Fünften Republik, die auf Ihren Grossvater zugeschnitten wurde, erlaubt es Macron, dennoch zu regieren. Er konnte die Rentenreform ohne Mehrheit im Parlament durchsetzen.

De Gaulle: Die Rentenreform wurde überstürzt durchgezogen. Ich habe den Eindruck, dass Macron eine Herabstufung der französischen Kreditwürdigkeit durch die amerikanischen Rating-Agenturen wegen der hohen Staatsverschuldung befürchtete. Diese hat 3000 Milliarden Euro erreicht. Die Reform ist auf die Beamten zugeschnitten. In der Privatwirtschaft werden die 25 Jahre vor dem Erreichen des Rentenalters für die Berechnung der Rente berücksichtigt. Bei den Beamten sind es die letzten sechs Monate – und sie werden dann meist noch schnell befördert. Die Reform privilegiert den Beamtenstaat, auf Kosten der Demokratie und des französischen Volks.»»

Weltwoche: Welches sind die Auswirkungen der Sanktionen für die französische Bevölkerung? Die Gaspreise hat Macron gedeckelt.

De Gaulle: Die Haushalte, die Handwerker, die kleinen Unternehmen unterliegen einer generellen Teuerung. Das betrifft besonders die Rohstoffe und die Zinsen. Die Versorgungsketten sind gestört. Frankreich und Europa sind die grossen Verlierer des Kriegs in der Ukraine. Die Amerikaner haben die Sanktionen gegen Russland von langer Hand geplant.

Weltwoche: Woher wollen Sie das wissen?

De Gaulle: Gesunder Menschenverstand. 12 000 Sanktionen wurden ausgesprochen, das kann man nicht über Nacht improvisieren. Aber zurück zur französischen Staatsverschuldung: Nimmt man zu den 3000 Milliarden Euro die nicht budgetierten anstehenden Kosten hinzu, zum Beispiel jene für den Abbau der Atomkraftwerke und die Rentenreform für die Beamten, kommt man auf 8000 Milliarden. Als die Zinsen niedrig waren, musste Frankreich 1,3 Prozent bezahlen – sie verschlangen gleichwohl zwei Drittel seines Bruttosozialprodukts. Verweigert es den Amerikanern die Gefolgschaft, wird es auf den Finanzmärkten angegriffen. Und muss dann für zehnjährige Anleihen nicht wie jetzt 3, sondern 4,5 oder 5 Prozent bezahlen.

Weltwoche: Frankreich ist von den USA abhängig, die Sie für den Krieg verantwortlich machen?

De Gaulle: Der sogenannte Euromaidan von 2014 war ein Putsch, den Victoria Nuland und Antony Blinken als hochrangige Mitglieder der Obama-Administration inszenierten. Heute, unter Präsident **Biden**, besetzen sie wieder Schlüsselpositionen. **Blinken** ist zum Aussenminister aufgestiegen. **Die Vorfahren beider stammen aus der Ukraine. Es ging 2014 darum, eine proamerikanische und proeuropäische Regierung an die Macht zu bringen.** In einem abgehörten Gespräch sagte Nuland damals: «Fuck the EU.» Diese Entwicklung ging mit **Wolodymyr Selenskyj** weiter, er **ist eine Marionette der Amerikaner.** Selenskyj hat einen tausendseitigen Katalog publiziert, in dem er Waffen zum Kauf anbietet. Diese Waffen werden bei Revolutionen, Kriegen, Konflikten zum Einsatz kommen. Von hundert Milliarden Dollar, die man der Ukraine zur Verfügung stellte, wurde kaum mehr als ein Drittel für die Hilfe an der Bevölkerung aufgewendet. Der Rest ist Korruption. Selenskyj hat zu ihrer Bekämpfung viele hohe Beamte entlassen.

«Russland ist ein Land, das auch unsere traditionellen Werte – Familie, Arbeit, Religion – verteidigt.»

Weltwoche: Ist die Behauptung, die Ukraine sei ein riesiger Umschlagplatz für den Waffenhandel, belegt?

De Gaulle: Das steht in der Presse.

Weltwoche: In der westlichen Presse?

De Gaulle: Ja. Wobei man anmerken muss, dass die angelsächsischen Zeitungen sehr viel kritischer, objektiver berichten als die europäischen. **Selenskyj hat sein Land verkauft. Ein Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche gehört angelsächsischen Fonds.** Am vergangenen 28. Dezember hat er mit Blackrock einen Exklusivvertrag für den Wiederaufbau der zerstörten Ukraine unterzeichnet. **Die Ukraine ist ein Werkzeug der Amerikaner, mit dem sie einen Krieg mit Russland anzetteln wollen.**

Weltwoche: Der zu Zeiten des Kalten Kriegs nicht stattfand?

De Gaulle: Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es den Antagonismus zwischen den Systemen und Blöcken. Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die Amerikaner nach Mitteln und Wegen zur Bekämpfung des russischen Einflusses gesucht. Sie haben nie akzeptiert, dass sich Russland nach einem anderen Modell als dem amerikanischen weiterentwickelt hat. Für die deutsche Wiedervereinigung war die Zustimmung der Russen notwendig. Im Gegenzug hat man das Versprechen abgegeben, dass es im Osten keine Nato-Erweiterung geben werde.

Weltwoche: Die französische Russland-Historikerin und Académie-française-Chefin Hélène Carrère d'Encausse sagt, dass ihr dieses Versprechen von Michail Gorbatschow persönlich bestätigt worden sei.

De Gaulle: Viele Versprechungen wurden gemacht und nicht gehalten. Henry Kissinger hat dieses Verhalten kritisiert und für gute Beziehungen zu Russland plädiert. Was Kissinger sagt, entspricht der Politik meines Grossvaters. Das Gleichgewicht, der Frieden und der Wohlstand in Europa sind auf gute Beziehungen zu Europa angewiesen. Charles de Gaulle kannte Russland und seine Herrscher. Als Staatschef hatte er es von Josef Stalin bis Leonid Breschnew mit ihnen zu tun. Es gab viele Konflikte, die Kubakrise, den Algerienkrieg, den Einmarsch der Roten Armee in der Tschechoslowakei 1968. Mein Grossvater aber hielt stets am Gespräch mit Moskau fest. Er plädierte für eine Allianz zwischen einem Europa der Vaterländer – nicht der Brüsseler Technokratie – und Russland. Er vertrat die Vorstellung eines gemeinsamen Blocks, den er als stabile Einheit sah und der eine diplomatische Macht ersten Ranges dargestellt hätte. In geostrategischer Hinsicht und bezüglich der Versorgung mit Rohstoffen unabhängig. Er hatte mit dem Aufbau dieser Allianz begonnen. Nicht alle Regierungen nach ihm führten diese Politik weiter. François Mitterrand zumindest war die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Russland bewusst. Einen Monat nach dem Fall der Berliner Mauer reiste er nach Moskau – Helmut Kohl reagierte ziemlich verstimmt auf diesen Besuch.

Weltwoche: Mitterrand wollte die deutsche Wiedervereinigung verhindern.

De Gaulle: Ihm war die enorme Gefahr bewusst, die vom Zerfall der Sowjetunion ausgehen würde.

Weltwoche: Sein Minister Jean-Pierre Chevènement hat im Gespräch mit der *Weltwoche* erklärt, dass jetzt «in der Ukraine das Blut von 1989 fließt». Handelt es sich um einen Krieg der Systeme und ihrer Ideologien?

De Gaulle: Russland ist ein Land, das auch unsere traditionellen Werte – Familie, Arbeit, Religion – verteidigt. Im Westen befinden sie sich im Niedergang, im Osten werden sie verteidigt. Auch in den arabischen Ländern, in Asien. Die Amerikaner führen Kriege, um ihre verlorene Hegemonie wiederherzustellen. Und um die Stellung des Dollars als dominierender Währung zu erhalten. Mit dem Krieg in der Ukraine werden sie das Gegenteil davon bewirken. Sie glaubten an den schnellen Sieg und den Sturz Putins. Aber Russland ist geeinter denn je. Die Sanktionen begannen 2014 wegen der Krim. Doch deren Bewohner hatten sich mehrmals für die Zugehörigkeit zu Russland ausgesprochen.

Weltwoche: Das waren keine gefälschten Abstimmungen?

De Gaulle: Keineswegs. Schon 1991 hatte sich die Krim für Russland ausgesprochen: mit 94 Prozent der Stimmen. 1992 bekam sie den Status einer selbstverwalteten Republik. 1995 erklärte die ukrainische Regierung die Verfassung der Krim für nichtig, der Präsident wurde abgesetzt, die Krim von der Ukraine annektiert. Die russische Sprache und Kultur wurden unterdrückt, die Rentenzahlungen ausgesetzt. 1998 votierten sowohl das Parlament der Krim wie jenes der Ukraine für die Wiederherstellung der selbstverwalteten Republik, 2014 die Bevölkerung ein zweites Mal für die Zugehörigkeit zu Russland. Putin aber hatte keine Lust, sie wieder zu übernehmen, er kam nur dem Wunsch der Bevölkerung entgegen. Dass die Krim für Russland von strategischem Interesse ist, will ich nicht unterschlagen.

Weltwoche: Die Antwort waren die ersten Sanktionen.

De Gaulle: Sie haben sich von allem Anfang an als kontraproduktiv erwiesen. 2014 hat Russland damit begonnen, seine Ökonomie neu zu organisieren. Das Land wurde modernisiert mit dem Ziel, eine möglichst hohe Autonomie zu erreichen. Man muss auch die Verlogenheit der Sanktionen erwähnen: Nie wurde so viel Dieseltreibstoff aus Russland importiert wie jetzt. Gas und Uran werden weiter gekauft, und sei es auf Umwegen. In Antwerpen floriert der Handel mit russischen Diamanten.

Weltwoche: Russland leidet nicht, Putin ist populär . . .

De Gaulle: Genau das haben die Amerikaner in keiner Weise vorausgesehen.

Weltwoche: Die Sanktionen werden Russland retten?

De Gaulle: Es wendet sich von Europa ab und China zu. Eurasien ist im Aufbau begriffen. Russland und China verbindet eine tiefe Freundschaft. Neue Strassen werden gebaut. China investiert enorme Mittel – bis nach Afrika. Es hat Häfen gekauft und baut Eisenbahnlinien. Innerhalb der russisch-chinesischen Partnerschaft wird der Handel in Yuan abgewickelt. An den russischen Börsen ist er zur meistgehandelten Devisen geworden. China und Russland bauen in Sibirien eine Pipeline, die so viel Gas transportieren kann wie Nord Stream. Die Russen sind kein unterentwickeltes Volk. Sie sind sehr intelligent und im Begriff, die Ökonomie neu zu gestalten. Russland entwickelt ein Blockchain-System, das ans Gold gebunden ist. Für jede Stadt, Provinz, Region gibt es Vorgaben und Ziele, die Putin jüngst in einer Rede vorgestellt hat.

«Ich bin überzeugt, dass jetzt die Phase der Friedensverhandlungen beginnen kann.»

Weltwoche: Wird der Zusammenschluss Eurasiens, wie ihn der Ideologe Alexander Dugin propagiert, die wichtigste Folge des Kriegs sein?

De Gaulle: Davos – *c'est fini*. Die Welt stellt sich im Osten neu auf. Eurasien wird für alle Brics-Staaten zunehmend attraktiv: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika. Vierzig weitere Länder wollen sich den Brics anschliessen: Saudi-Arabien, Algerien, Indonesien, afrikanische und südamerikanische Staaten. Ihnen geht es um eine Alternative zum Dollar. Sie lehnen den amerikanischen Neoliberalismus ab und weigern sich, die amerikanischen Schulden zu finanzieren. In Afrika ist die Empörung über die westliche Arroganz besonders stark verbreitet.

Weltwoche: Wer hat die Nord-Stream-Pipelines sabotiert?

De Gaulle: Das ist die entscheidende Frage. Man hat tatsächlich die Russen für den Anschlag verantwortlich gemacht: Sie sollen ihre eigenen Installationen sabotiert haben, so wie sie das Atomkraftwerk von Saporischschja, das sie besetzt hatten, mit Raketen beschossen haben sollen. **Wer soll das glauben?** Inzwischen gibt es aus Amerika die von der *Washington Post* verbreitete Version eines ukrainischen Anschlags, die von den deutschen Geheimdiensten umgehend aufgenommen und mit Details angereichert wurde. Man lokalisierte ein Boot, sprach von sechs Männern. Für mich sind das Indizien dafür, dass die Amerikaner eine neue Etappe einleiten: Sie brauchen Selenskyj nicht mehr, er wird lästig. Der Wiederaufbau des Landes hat begonnen.

Weltwoche: Bevor der Krieg zu Ende ist?

De Gaulle: Und wenn er vorbei ist, wird man an den Sanktionen festhalten. Ich bin überzeugt, dass jetzt die Phase der Verhandlungen beginnt. Gleich nach dem Angriff am 24. Februar 2022 war Selenskyj bereit, den russischen Friedensplan zu akzeptieren. Putin wollte den Verzicht auf den Nato-Beitritt und die Anerkennung der russischen Bevölkerung im Donbass, die seit 2014 bombardiert wurde.

Weltwoche: Welche Rolle haben die Russen im Donbass gespielt? Haben Sie die Bevölkerung aufgewiegelt, den Separatismus angeheizt?

De Gaulle: Sie haben die Bevölkerung geschützt. Natürlich befinden sich im Donbass immense Bodenschätze. Aber es ging Russland im Wesentlichen um den Schutz seiner Bevölkerung. Und natürlich wollte es auch zeigen, dass es die Osterweiterung der Nato nicht einfach so hinnimmt. Seit Jahren wurden die Russen für dumm verkauft. Nach seiner Machtübernahme hatte Putin seine Bereitschaft zum Dialog mit dem Westen bekundet. Diese Bereitschaft wurde von beiden Seiten in vielen Erklärungen beschworen. Bis sich Putin 2007 bewusst wurde, dass es sich um eine Strategie des Westens handelt. Das erklärte er in seiner Rede in München. Putin wollte die Krim als Brücke zu Europa, die Nato und die EU sehen sie als Grenze.

Weltwoche: Das ist das russische Narrativ. Es schliesst einen Kompromiss aus. Glauben Sie trotzdem an den Beginn von Verhandlungen?

De Gaulle: Ja. Ich bin überzeugt, dass jetzt die Phase der Friedensverhandlungen beginnen kann. Schon vor einem Jahr – im März 2022 – waren die vom damaligen israelischen Premierminister Naftali Bennett initiierten Gespräche für einen Waffenstillstand weit fortgeschritten. Es gab sieben oder acht Etappen. **Der Waffenstillstand scheiterte am Widerstand Amerikas und Grossbritanniens, Bennett hat das erst kürzlich wieder bestätigt.** Nicht Russland – der Westen bewegt sich. Im westlichen Europa wendet sich ein wachsender Teil der Bevölkerung von der Unterstützung dieses Kriegs ab. Der Stimmungswechsel ist nicht zu übersehen. Im Handel- und Wirtschaftskrieg, den die USA gegen China und Russland führen, wird sich Europa zwischen Hammer und Amboss wiederfinden.

Weltwoche: Wie sehen Sie die Rolle von Europa in der Welt?

De Gaulle: Ich bin für den Frieden zwischen den Völkern. Ich kämpfe dafür, dass Frankreich und Europa . . .

Weltwoche: . . . in dieser Reihenfolge?

De Gaulle: . . . dass Frankreich auf der internationalen Bühne seine Stimme wiederfindet. Dass es seine Rolle in Eurasien spielt. Eine Rolle, die der Bedeutung unserer Kultur, unserer Industrie, unserer Geschichte, unseres Denkens entspricht. Dem, was mein Grossvater immer verteidigt hat. Und dass Frankreich bei den Verhandlungen mit am Tisch sitzt. Dass es sich als Grossmacht äussern kann und sich nicht mehr länger einer europäischen Technokratie unterwirft. Oder einer amerikanischen Verwaltung, die nur ihre eigenen Anliegen vertritt. **Die Amerikaner haben keine Freunde, nur Interessen.** Wissen Sie, was mein Grossvater über sie gesagt hat? Ich zitiere ihn: «Die Wahrheit ist, am Schluss werden die Amerikaner von allen gehasst. Auch von ihren treuesten Alliierten. Alle Fälschungen der Amerikaner werden von den Fakten dementiert.» Wussten Sie, dass **Daniel Cohn-Bendit, der des Landes verwiesen worden war, dem mein Grossvater die Staatsbürgerschaft aberkannt hatte, aus Deutschland nach Paris zurückkehrte, um die Demonstrationen der Studenten im Mai 68 anzuheizen?** Das Auto, in dem er in Deutschland abgeholt wurde, gehörte dem Chefredaktor von *Paris Match*, der ein antigauillistischer Atlantiker war. Es gibt Hinweise, dass die CIA den Aufstand finanzierte, um meinen Grossvater zu stürzen.

«Putin hat versucht, die Zivilbevölkerung so weit wie möglich zu verschonen.»

Weltwoche: Meines Wissens war Daniel Cohn-Bendit, als er ausgewiesen wurde, staatenlos. Aus Deutschland wurde er von der Schauspielerin Marie-France Pisier nach Paris zurückgefahren.

De Gaulle: Er bekam die französische Staatsbürgerschaft später, in der Tat. Aber es stimmt, dass er im Wagen des Chefredaktors von *Paris Match* nach Frankreich infiltriert wurde. Wissen Sie, was mein Grossvater über den EU-Gründungsvater Jean Monnet sagte? Er nannte ihn «Geometer» und später «Verräter». Monnet war Berater von Franklin Roosevelt, er arbeitete für die Warburg-Bank und J. P. Morgan. Er war ein Händler.

Weltwoche: Der während der Prohibition Cognac schmuggelte.

De Gaulle: Voilà. Monnet war der Gestalter dieses Europas, das unglücklicherweise kein Europa der Vaterländer, der Nationen ist. Monnet wollte alle wichtigen europäischen Entscheidungen von der Zustimmung der Nato abhängig machen. Europa als solider, politisch und ökonomisch stabiler Block hätte sich mit Russland verbünden können, das ihm die Unabhängigkeit im Bereich der Rohstoffe garantiert hätte. Auch strategisch mit der Kooperation in militärischer Hinsicht war ihre Allianz sinnvoll. Aber die Amerikaner konnten sie nicht akzeptieren, sie empfanden sie als grosse Bedrohung. Ein Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Weltwoche: Die schlechten Beziehungen zu Charles de Gaulle gingen auf den Zweiten Weltkrieg zurück.

De Gaulle: Vichy war eine Katastrophe. Aber die Amerikaner haben nichts unterlassen, um uns nach der *libération* zu schaden. Roosevelt hatte sich nie für Frankreich und Europa interessiert. Er machte im Debakel Frankreichs von 1940 eine Möglichkeit aus, unser Kolonialreich zu erben – es war das zweitgrösste nach jenem der Briten. Darum geht es heute noch immer. **Nach den im Seevölkerrecht definierten ausschliesslichen Wirtschaftszonen bleibt Frankreich das weltweit grösste Meeresimperium.** Deshalb halten wir an Saint-Pierre-et-Miquelon und den Kerguelen-Inseln fest. Es geht um immense Rohstoffvorkommen und Handelszonen. Sie sind den Amerikanern ein Dorn im Auge.

Weltwoche: De Gaulle wollte den dritten Weg zwischen den Blöcken. Hat der französische Antiamerikanismus nicht auch damit zu tun, dass man den Amerikanern im Gegensatz zu den Russen den Beitrag am Sieg über die Nazis nie wirklich verziehen hat? Sie befreiten Paris . . .

De Gaulle: Über die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 hatten sie meinen Grossvater nicht informiert. Winston Churchill unterrichtete ihn am Vorabend von den Plänen. Die Bedeutung des französischen Widerstands wurde verniedlicht. Auch die französischen Versuche der Rückeroberung in Nordafrika. Bir Hakeim und al-Alamein waren im Grunde französische Siege gegen Erwin Rommel. In Frankreich wollten die Amerikaner den Dollar einführen. Das hat mein Grossvater verhindert. Das ging bis zum Algerienkrieg. Die algerische Befreiungsfront FLN wurde von den USA finanziell unterstützt. Sie versuchten, unsere Atomforschung zu sabotieren.

Weltwoche: 1966 erklärte Charles de Gaulle Frankreichs Rückzug aus der Nato.

De Gaulle: Er entzog Frankreich ihrem operativen Kommando. Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats blieb es Mitglied des Atlantikpakts. Mein Grossvater hielt an der strategischen und politischen Unabhängigkeit fest. Er wollte die Entscheidung über den Einsatz unserer Armee im Ausland nicht an andere delegieren. Das zu akzeptieren, bedeutete für ihn das Ende von Frankreich. Und leider ist es genau das, was wir heute erleben.

Weltwoche: Noch einmal: Welche Rolle können Frankreich und Europa in der Welt spielen?

De Gaulle: Europa ist zerstritten, jedes Land verfolgt seine eigenen Interessen. Deutschland hat die französische Automobilindustrie unterminiert und beim Abbau unserer Atomwirtschaft eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Es bewilligt hundert Milliarden für den Kauf von Waffen und kauft keine französischen, sondern amerikanische Flugzeuge. Europa muss sich völlig neu organisieren.

Weltwoche: Sein Zentrum verlagert sich nach Osten, Frankreich wird an seinen Rand gedrängt. Es verfügt als einziges Mitglied der EU über die Atombombe. Gleichwohl hat der Schriftsteller Jonathan Littell erklärt, die Ukraine werde die stärkste Armee Europas haben.

De Gaulle: Das müsste man dann wohl als amerikanische Besatzungsarmee bezeichnen. Solche Vorstellungen sind für die militärische Eskalation verantwortlich und äusserst gefährlich. Es droht ein dritter Weltkrieg. Ich denke nicht, dass die Nato und Amerika so verrückt sind, dass sie das wirklich wollen. Aber sie tun alles, um die Russen zu provozieren. Um Putin dahin zu bringen, den entscheidenden Fehler zu begehen. Die Russen haben keine Angst. Wir befinden uns in einem Krieg, in dem Putin versucht hat, die Zivilbevölkerung so weit wie möglich zu verschonen. Man kann sein Vorgehen nicht mit Dünkirchen und Dresden vergleichen, wo die Alliierten die Zivilbevölkerung massiv bombardierten.

Weltwoche: Sie sprechen von der Provokation, einen entscheidenden Fehler zu begehen. Sie sehen, worauf ich hinauswill: War nicht schon der Krieg gegen die Ukraine ein solcher?

De Gaulle: Aber sicher, er ist ein gewaltiger Fehler.

Weltwoche: Von Putin.

De Gaulle: Nein. Des Westens. Man muss sich in Putins Lage versetzen. Russland wollte sich Europa annähern, seit 1996, 1997. Es wurden Abkommen unterzeichnet. Es gab Bemühungen für einen Dialog. Für eine Partnerschaft. Sie wurden sabotiert. Natürlich hat Putin die Ukraine angegriffen. Weil die Gefahr der Umzingelung zu gross geworden war. Wenn man den Gegner zu sehr herankommen lässt, gibt es den Moment, in dem man sich nicht mehr weiter zurückziehen kann. Der Ausbruch des Kriegs war unvermeidlich. **Im März 2021 hat Joe Biden Selenskyj dazu aufgefordert:** Selenskyj erliess ein Dekret, in dem er die Rückeroberung der Ostukraine proklamierte. Er verstärkte die Bombardierungen. Biden war überzeugt, dass die Russen angreifen würden – es war das, was er wollte.

«Selenskyj ist ein Schauspieler. Er tut, was man ihm sagt. Ein Schauspieler – aber nicht Ronald Reagan.»

Weltwoche: Selenskyj war ein eher gemässigter Präsident, der gewählt wurde, um die Situation zu besänftigen.

De Gaulle: Selenskyj ist ein Schauspieler. Er tut, was man ihm sagt. Ein Schauspieler – aber nicht Ronald Reagan. Sie werden sehen, man wird ihn fallen lassen, sobald man ihn nicht mehr braucht. Man kann jetzt schon absehen, wie sich das Narrativ verändert.

Weltwoche: Sie kritisierten Eric Zemmour heftig, als er im Wahlkampf erklärte, Philippe Pétain habe die französischen Juden gerettet.

De Gaulle: Achtung! Zemmour war für Macron sehr nützlich. Er half ihm, die Rechte zu zerstören. Seine Aussage über Pétain war völlig falsch: Pétain ging bei der Verfolgung der Juden weiter, als Hitler es von ihm verlangt hatte.

Weltwoche: Was ich sagen wollte: Putin betreibt die gleiche Geschichtsfälschung wie Zemmour.

De Gaulle: Putin verteidigt sein Land und sein Volk.

Weltwoche: Er instrumentalisiert und manipuliert die Geschichte. Musste die Ukraine wirklich «entnazifiziert» werden?

De Gaulle: Das im Westen hochgelobte Asow-Bataillon schmückt sich mit den Emblemen der SS-Division «Das Reich». Es gab neonazistische Gruppen, man sah sie beim Maidan. Auch der Westen betreibt Propaganda und instrumentalisiert die Geschichte. Ich wünschte mir, dass Macron, Scholz, Meloni und Sunak ihre Länder so engagiert verteidigen würden, wie es Putin mit Russland tut.

Weltwoche: Kommen wir zurück auf den Maidan. Es bleibt für Sie ein Putsch – wenn auch nicht unbedingt der Neonazis?

De Gaulle: Ohne jeden Zweifel. Die Ukraine wurde und wird als Werkzeug und Schauplatz missbraucht. Russland kämpft in diesem Krieg gegen eine Koalition von mehr als zehn Ländern. Putin führt einen Abnutzungskrieg, von dem er sehr genau weiss, dass ihn der Westen nicht ewig führen kann. Mein Grossvater hat den Algerienkrieg beendet, weil er sich bewusst war, dass er die Möglichkeiten Frankreichs überforderte. Er hätte seine grossen Projekte unmöglich gemacht. Für Amerika war der Vietnamkrieg eine wirtschaftliche Katastrophe. Putin verfügt über ein Reservoir an Mitteln, Männern und Munition, das es ihm erlaubt, diesen Krieg zu führen. Der technologische Vorsprung der Russen beträgt mehrere Jahre.

Weltwoche: Wie bitte?

De Gaulle: Nehmen Sie die Kinschal-Raketen. Sie haben ein streng geheimes Nato-Quartier in der Ukraine zerstört. Wie ein Blitz schlugen sie ein, es gab Hunderte von Toten, unter ihnen befanden sich hochrangige amerikanische Militärs. Die Raketenabwehr sah sie nicht kommen. Man kann die Kinschal-Raketen nicht abfangen. Rheinmetall will eine Panzerfabrik in der Ukraine bauen. Sie wird zerstört werden. Was ich in diesem Zusammenhang auch noch anfügen möchte: Man schickt der Ukraine obsoletes Kriegsmaterial. Israel schickt keine Waffen – weil es befürchtet, sie könnten weiterverkauft werden und gegen das eigene Land eingesetzt werden. Aber auch, weil in Israel viele Juden sowohl russischer wie ukrainischer Herkunft leben.

Weltwoche: Das westliche Narrativ erzählt die Geschichte einer Machtübernahme durch den KGB mit Putin als Marionette und den Methoden der Mafia. Deren Ziel sei es, den Zusammenbruch der Sowjetunion zu kompensieren. Russland habe sich nie mit der Aufarbeitung der kommunistischen

Verbrechen befasst, für die jetzt ein Tribunal wie nach dem Zweiten Weltkrieg in Nürnberg gefordert wird. Kurz vor dem Angriff hat Putin die Historikervereinigung Memorial verboten.

De Gaulle: Doch, die Selbstkritik hat stattgefunden. Putins Russland ist keineswegs eine Auferstehung der Sowjetunion. Die UdSSR hat nicht funktioniert, das ist den Russen durchaus bewusst. Der bürokratische Sozialismus hat sich selbst aufgelöst. Die Russen wollen eine moderne Wirtschaft. Kapitalistisch, effizient, international.

Weltwoche: Putin ist seit kurzem der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

De Gaulle: Die USA hatten das Protokoll zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag unterzeichnet und sich dann zurückgezogen. Ich habe nichts gegen ein solches Gericht. Aber es müsste unparteiisch sein. Die USA haben zahlreiche Verbrechen begangen, die der Internationale Strafgerichtshof untersuchen und bestrafen müsste: die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki, die Napalmbomben in Vietnam, die widerrechtlichen Kriege in ehemaligen Jugoslawien, den Angriff auf den Irak, der mit einer Lüge – es gab keine Massenvernichtungswaffen – begründet wurde und 1,4 Millionen Tote forderte, Syrien, Afghanistan, Libyen. Für mich ist der Internationale Gerichtshof eine Lobby.

Weltwoche: Putin wird die Deportation ukrainischer Kinder vorgeworfen.

De Gaulle: Gab es solche Gräueltaten nicht auch auf der anderen Seite?

Weltwoche: Er auch, ich nicht. Zweifellos sind die Ukrainer keine Unschuldslämmer. Sie sagen «auch». Das heisst, die Vorwürfe könnten stimmen?

De Gaulle: Krieg ist immer schrecklich. Er führt zu Tragödien, Exzessen, Verbrechen, Katastrophen. Auf beiden Seiten. Das alles hätte vermieden werden können: durch die Abkommen Minsk I und II. Deutschland und Frankreich waren seine Garanten.

Weltwoche: Woran scheiterte die Umsetzung?

De Gaulle: Am Widerstand der Amerikaner. Angela Merkel hat am 7. Dezember 2022 in ihrem Interview in der *Zeit* erklärt, dass Russland die Ukraine 2015 ohne grossen Widerstand hätte einnehmen können. Dass die Ukraine die Zeit seither für ihre Aufrüstung gut genutzt habe. Die Russen haben diese Erklärung als weitere Demütigung empfunden: Die Minsker Abkommen waren eine Täuschung, der Westen spielte auf Zeit. Das machte Putin mit seiner Rede in Stalingrad deutlich. Zum zweiten Mal in der Geschichte, sagte er, hätten deutsche Panzer Russland angegriffen.

Weltwoche: Aber jetzt kommen Verhandlungen – nun unter chinesischer Führung?

De Gaulle: China hat bereits einen Friedensplan vorgelegt, dem sich die Russen anschlossen. Er wurde reflexartig abgelehnt. Bei den Verhandlungen werden die Europäer keine Rolle spielen. Verhandeln werden Putin, Xi Jinping und Biden.

Weltwoche: Die Ukraine wird nichts zu sagen haben.

De Gaulle: Ihr droht das gleiche Schicksal wie früheren Verbündeten Amerikas, die skrupellos fallen gelassen wurden, als sie nicht mehr gebraucht wurden. Und Selenskyj wird man zum Schuldigen für diesen Krieg machen – nicht ganz zu Unrecht.

xxx

Drohnen aus der Drohne – Rheinmetall überrascht mit einzigartigem Waffensystem

WELT, 14.04.2023, von Gerhard Hegmann

Der Rüstungskonzern entwickelt ein neues Konzept für Kampfeinsätze aus der Luft. Damit würden erstmals auch bewaffnete Drohnen in Deutschland gebaut. Die neue Waffe würde die Vorteile gleich zweier Flugsysteme effektiv vereinen.



Die Aufklärungsdrohne Luna NG könnte die bewaffneten „Multikopter“ ausstoßen
Rheinmetall© Bereitgestellt von WELT

Im Ukraine-Krieg ist es tägliche Praxis der Streitkräfte: Aus kleinen, schwebenden Drohnen werden Sprengladungen abgeworfen, die dann beispielsweise Panzer zerstören. Den ukrainischen Streitkräften ist es gelungen, sogenannte Multikopter mit kleinen Propellern so präzise zu steuern, dass Granaten von oben in offene Luken russischer Panzer fallen.

[Rheinmetall](#) überrascht jetzt mit einem neuen Konzept: Aus einer etwas größeren Aufklärungsdrohne können im Flug mehrere kleine Multikopter mit Granaten ausgestoßen werden, die dann präzise ihr Ziel ansteuern.

Details will der deutsche Rüstungskonzern am 19. April verraten, heißt es in einem Unternehmensvideo. Angekündigt wird eine „flexible und effektivste“ Mehrzweckdrohne.

Auf WELT-Anfrage erklärt ein Rheinmetall-Sprecher, dass eine Kombination aus der neuen Generation der deutschen Aufklärungsdrohne Luna NG mit neu entwickelten, bewaffneten Multikoptern mit der Produktbezeichnung „Hero R“ geplant ist.

Die öffentlich noch nicht gezeigten kleinen Multikopter mit vier Propellern entstanden in Zusammenarbeit mit dem israelischen Hersteller UVision. Die Aufklärungsdrohne Luna NG soll so flexibel sein, dass bis zu acht kleine Waffen-Multikopter eingebaut werden können.

Zunächst handele es sich um einen Prototyp. UVision ist bisher als Spezialist für sogenannte Loitering Munition bekannt, einer Umschreibung für „herumlungernde Munition“, bei der sich Kamikaze-Drohnen aus der Luft in ihr Ziel stürzen. Der deutsche Rüstungskonzern und UVision kooperieren seit Ende 2021.

Durch die Kombination der Drohne Luna NG mit gut fünf Meter Spannweite und ihren Aufklärungsfähigkeiten gemeinsam mit kleinen Multikoptern samt Sprengsätzen können die Vorteile beider Flugmodelle vereint werden. Die Luna-Drohne könnte im Flug beim simplen Abwurf von Sprengladungen nicht die gleiche Trefferpräzision erreichen. Das Modell ist eine sogenannte taktische Drohne, die über zwölf Stunden in der Luft bleiben kann und über 100 Kilometer Datenreichweite hat.

Bewaffnete Drohnen waren lange umstritten

Mit der Erweiterung des Einsatzspektrums der Luna NG-Drohne auch für Kampfeinsätze würden in Deutschland erstmals bewaffnete Drohnen montiert – auch wenn es sich zunächst um eher kleine Sprengköpfe handelt. Wer ein bewaffnetes Luna NG-Modell künftig nutzt, ist noch unklar.

Für die Bundeswehr war ein Einsatz bewaffneter Drohnen über ein Jahrzehnt politisch umstritten. Erst im Koalitionsvertrag 2021 wurde der Weg freigemacht.

So werden jetzt fünf größere Drohnen des Typs Heron TP mit 26 Meter Spannweite des israelischen Herstellers IAI mit Präzisionslenk Waffen für den Einsatz bei der Bundeswehr ausgerüstet. Diese Waffen

lassen sich punktgenau ins Ziel lenken. In einem Leasingmodell wird die Bundeswehr diese Drohnen ab voraussichtlich Mitte 2024 nutzen.

Das Modell Luna NG ist eine Weiterentwicklung der bei der Bundeswehr bereits eingeführten Luna-Drohne, die der Hersteller EMT aus dem bayerischen Penzberg entwickelte. Ende 2021 kaufte Rheinmetall den Drohnenhersteller aus einer Schieflage für 32 Millionen Euro.

Auch der israelische Rüstungskonzern Rafael wollte EMT übernehmen, kam aber nicht zum Zug. Dass Drohnen eine immer größere Rolle in Kriegen spielen, wird aktuell in der Ukraine deutlich. So sollen auch künftige Panzer mit Drohnen für die Aufklärung und für Kampfeinsätze ausgerüstet werden.

xxx

Der kaukasische Teufelskreis

Der Ukraine-Krieg hat Folgen im Kaukasus. Dort entflammt ein jahrzehntealter Konflikt neu. Während Russlands Militärkräfte im Donbass gebunden sind, stösst Aserbaidschan in Armenien vor.
von Luca Steinmann



Eriwan

Der russische Offizier, der am Checkpoint am Dorfeingang von Shurnukh nach Dokumenten fragt, trägt eine Kalaschnikow über der Schulter. Sein Gesicht ist von einer Sturmhaube verdeckt. Einige Meter hinter ihm stehen russische Soldaten in dichtem Nebel neben einem gepanzerten Militärfahrzeug. Unweit davon weht eine hohe blau-rot-grüne Flagge Aserbaidschans mit dem Halbmond über einer Zeile zerstörter Häuser.

Die Häuser waren einst von Armeniern bewohnt. Nach dem Vorstoss der Aserbaidschaner flüchteten die ehemaligen Bewohner in den oberen Teil des Dorfes, der unter der Kontrolle Eriwans geblieben ist. Hier haben die armenischen Soldaten Befestigungen in den Felsen gegraben, auf denen ein grosses Kreuz steht, das auf den Feind herabblickt. Russische Soldaten kontrollieren die Trennungslinie zwischen den beiden verfeindeten Lagern.

Massenflucht der Bevölkerung

Shurnukh ist ein Dorf mit wenigen Einwohnern und steht genau auf der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan. Beide Seiten beanspruchen seine Kontrolle. Auf der ganzen Kontaktlinie zwischen den zwei Ländern kommt es bereits fast täglich zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit mehreren Toten und Verwundeten. «Die Spannung war noch nie so hoch», sagt eine hochrangige armenische Regierungsquelle, «wir erwarten jeden Moment, dass Aserbaidschan uns angreift. Wir Armenier sind ein Kollateralschaden des Ukraine-Kriegs.»

Die seit mehr als dreissig Jahren andauernde Krise zwischen Armenien und Aserbaidschan eskalierte im Jahr 2020, als die aserbaidschanische Armee mit militärischer Unterstützung der Türkei Bergkarabach angriff, eine umstrittene Grenzregion unweit von Shurnukh, die völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, damals aber ausschliesslich von Armeniern bewohnt und von Eriwan kontrolliert worden war.

Durch ihren unerbittlichen Vormarsch zwangen aserbaidschanische Soldaten Armenien zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens, das die Überführung eines grossen Teils Bergkarabachs unter aserbaidschanische Kontrolle festschrieb und eine Massenflucht der Bevölkerung auslöste. Der einzige Teil, der in armenischer Hand blieb, ist die Stadt Stepanakert und ihre Umgebung, die zu einer Enklave geworden ist. Dort leben bis heute 120 000 Armenier in einer sehr schwierigen humanitären Situation. Vom Feind umzingelt, können sie jetzt Armenien nur über eine von aserbaidschanischen Streitkräften umgebene Route erreichen: den Latschin-Korridor, der gemäss dem Friedensabkommen von ein paar tausend russischen Soldaten kontrolliert wird. Diese sollen dafür sorgen, dass der Verkehr

von Menschen und Gütern und der Schutz der in Bergkarabach verbliebenen Armenier garantiert bleiben.

Russische Soldaten kontrollieren die Trennungslinie zwischen den beiden verfeindeten Lagern.

In den letzten zweieinhalb Jahren hat sich die Lage drastisch verschlechtert. Dafür gibt es zwei Gründe: erstens die Fragilität Armeniens, das militärisch durch den Krieg geschwächt ist und durch innenpolitische Auseinandersetzungen aufgerieben wurde. Zweitens die Zurückhaltung Russlands, das mit Armenien verbündet ist, aber dessen militärische Kräfte und politische Konzentration auf die Ukraine fokussiert sind.

Dies nutzt Aserbaidschan aus und hat damit begonnen, nicht nur die Kontrolle über ganz Bergkarabach, sondern auch über grosse Teile Armeniens, einschliesslich der Hauptstadt Eriwan, für sich zu beanspruchen. Nun fordert Baku eine durch Südarmenien führende exterritoriale Verbindung zur Türkei namens Sangesur-Korridor. Eriwan verweigert die Eröffnung einer solchen Strasse, die das armenische Staatsgebiet durchtrennen und Armenien von seinem südlichen Nachbarn Iran abschneiden würde.

Die Spannung ist derart gestiegen, dass es wiederholt zu militärischen Auseinandersetzungen kam. Im Mai und November 2021 sowie im September 2022 griffen Bakus Soldaten nicht nur Bergkarabach, sondern direkt Armenien an und eroberten Gebiete in drei seiner anderen Grenzregionen.

Aserbaidschan hält seitdem an mehreren Stellen insgesamt 150 Quadratkilometer armenisches Territorium besetzt und hat dort Militärstellungen errichtet. Wenn man auf der Strasse fährt, die vom Latschin-Korridor Richtung Süden verläuft, kommt man durch eine stille Front. Die armenischen Schützengräben sind auf der linken Seite, rechts sieht man die aserbaidshischen Posten. Die Soldaten beider Seiten beäugen sich gegenseitig, beide sind zum Krieg bereit.

Der Höhepunkt der Spannungen wurde im Dezember 2022 erreicht, als eine Gruppe von selbsternannten Klimaaktivisten, die in Wahrheit von Baku kontrolliert wurden, den Latschin-Korridor besetzte, den Verkehr blockierte und die Armenier von Bergkarabach vollständig isolierte. Wieder greifen die Russen nicht ein. 120 000 Menschen sind daher in Stepanakert gestrandet, es mangelt an Lebensmitteln, Medikamenten, Gas und Benzin.

Marut Vayan ist ein vierzigjähriger Journalist aus Stepanakert. Er rief uns nachts an, in einem Moment, als er Strom hatte. «Alle drei Stunden wird er abgeschaltet», sagt er, «die Generatoren erreichen uns aus Armenien nicht mehr. Beim Blick aus dem Fenster ist alles dunkel und verlassen. Die einzigen Lichter kommen aus den von Aserbaidschan kontrollierten Gebieten in den Hügeln um uns herum.»

Passive Rolle Moskaus

In seiner Nachbarschaft gab es sieben Lebensmittelgeschäfte. Heute sind sie fast alle geschlossen, die wenigen noch offenen sind halb leer, ebenso die Apotheken. Die einzigen verfügbaren Produkte werden gelegentlich von den Russen und dem Internationalen Roten Kreuz eingeführt. Die Preise für Medikamente sind um das Siebenfache gestiegen.

Aserbaidschans Präsident Alijew sieht eine historische Chance. Seine Töne werden immer kriegerischer.

Wir sind psychisch zerstört», erklärt Vayan, «wir fühlen uns wie Tiere in einem Labor, in dem Aserbaidschaner beobachten, wie lange sie es unter misslichsten Verhältnissen aushalten können. Wir fühlen uns gedemütigt. Es ist unmöglich, so zu leben.» Wenn Aserbaidschan auch Stepanakert angreifen und erobern sollte, könnte die gesamte derzeitige Bevölkerung zur Flucht gezwungen und in Bergkarabach jede armenische Präsenz getilgt werden. Viele befürchten, dass es jetzt nur noch eine Frage der Zeit ist.

Die passive Rolle Russlands stösst die Armenier vor den Kopf. So hat Moskau nicht bloss auf militärische Schützenhilfe verzichtet; Moskau hielt sich auch mit Kritik an Aserbaidschan weitgehend zurück. Eigentlich hatten die Armenier erwarten dürfen, dass ihnen Russland in dem eskalierenden Konflikt beisteht. Russland und Armenien sind seit 1992 durch eine formelle Allianz vereint, welche bei einem Angriff von Dritten gegenseitige Bündnistreue festschreibt.

Dass Russland die Unterstützung unterlassen hat, hat nicht nur damit zu tun, dass Russlands Waffen im Ukraine-Krieg gebunden sind. Aserbaidschan befindet sich heute dank der Sanktionspolitik des Westens in einer Position ausserordentlicher Stärke. Baku pflegt sowohl mit Moskau als auch mit der EU (und der Schweiz) eine strategische Partnerschaftsrolle. Seitdem der Westen wegen der Sanktionen keine Kohlenwasserstoffe von Russland mehr kaufen kann, ist die Lieferung aus

Aserbaidschan lebenswichtig geworden. Am 11. Juli 2022 unterzeichnete die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mit dem aserbaidschanischen Präsidenten İlham Aliyev eine Absichtserklärung zur Verdoppelung der Gasexporte aus Aserbaidschan in die EU. Gleichzeitig zeigen mehrere Berichte, dass auch die russische Gazprom kürzlich einen Vertrag mit Socar in Aserbaidschan über die Lieferung von einer Milliarde Kubikmeter Gas abgeschlossen hat. Kurzum: Wegen des Krieges ist Aserbaidschan ein wichtiger Handelspartner geworden, Verlierer dieser Handelsbeziehungen sind die Armenier.

Aserbaidschans Präsident Aliyev sieht eine historische Chance, mit Druck mindestens seine Forderungen in Bezug auf Armenien und Bergkarabach durchzusetzen. Seine Töne werden immer kriegerischer, und in den letzten Stunden meines Aufenthalts häuften sich aserbaidschanische Militärfahrzeuge entlang der Kontaktlinie. Die Invasion könnte jeden Moment beginnen. Das kleine Grenzort Sotk ist von hohen Bergen umgeben. Wenn der Nebel verschwindet, kann man dort die aserbaidschanischen Militärstellungen sehen. «Die Türken», so nennt man die Aserbaidschaner abschätzig im Dorf, seien zum Angriff bereit. Bereits im Jahr 2022 haben sie das Dorf zerbombt, viele Trümmer liegen noch am Boden.

Luca Steinmann ist ein schweizerisch-italienischer Journalist. Letztes Jahr erhielt er den «Premiolino», einen der wichtigsten Journalistenpreise Italiens, für seine Berichterstattung aus dem Donbass.

xxx

Handel mit dem Feind

In Kiew grassiert die Korruption. Trotzdem pumpt Amerika Milliarden in den Konflikt. US-Truppen versammeln sich an der ukrainischen Grenze. Plant Biden ein Endspiel?

von Seymour Hersh



Die ukrainische Regierung unter der Leitung von Wolodymyr Selenskyj lässt sich den lebensnotwendigen Dieselmotorkraftstoff, der die ukrainische Armee in ihrem Krieg mit Russland in Bewegung hält, von den amerikanischen Steuerzahlern teuer bezahlen.

Es ist nicht bekannt, wie viel die Regierung Selenskyj pro Gallone (3,8 Liter) für den Treibstoff ausgibt, aber das Pentagon zahlte während des jahrzehntelangen amerikanischen Krieges in Afghanistan bis zu 400 Dollar pro Gallone für den Transport von Benzin von einem Hafen in Pakistan per LKW oder Fallschirmabwurf nach Afghanistan.

Unbekannt ist auch, dass Selenskyj den Treibstoff von Russland gekauft hat, dem Land, mit dem er und Washington im Krieg liegen, und dass der ukrainische Präsident und viele in seinem Gefolge ungezählte Millionen von den amerikanischen Dollars abgeschöpft haben, die für Dieselmotorkraftstoffzahlungen vorgesehen waren.

Eine Schätzung von Analysten der Central Intelligence Agency (CIA) bezifferte die veruntreuten Gelder auf mindestens 400 Millionen Dollar im vergangenen Jahr; ein anderer Experte verglich das Ausmass der Korruption in Kiew mit dem des Afghanistankrieges, «obwohl es in der Ukraine keine professionellen Prüfberichte geben wird».

«Selenskyj hat von den Russen billigen Diesel gekauft», sagte mir ein sachkundiger amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter. «Und wer bezahlt das Gas und das Öl? Wir sind es. Putin und seine Oligarchen verdienen daran Millionen.»

Viele Ministerien in Kiew haben, wie mir gesagt wurde, buchstäblich miteinander «konkurriert», um Scheinfirmen für Exportverträge für Waffen und Munition mit privaten Waffenhändlern in aller Welt zu gründen, die alle Schmiergelder zahlen. Viele dieser Unternehmen befinden sich in Polen und Tschechien, aber es soll auch Firmen am Persischen Golf und in Israel geben.

«Es würde mich nicht überraschen, wenn ich erführe, dass es weitere Firmen auf den Kaimaninseln und in Panama gibt und dass viele Amerikaner daran beteiligt sind», sagte mir ein amerikanischer Experte für internationalen Handel.

Das Problem der Korruption wurde bei einem Treffen mit CIA-Direktor William Burns im Januar in Kiew direkt mit Selenskyj besprochen. Seine Botschaft an den ukrainischen Präsidenten, so sagte mir ein Geheimdienstmitarbeiter mit direkter Kenntnis vom Treffen, war wie aus einem Mafiafilm der 1950er Jahre. Die ranghohen Generäle und Regierungsbeamten in Kiew seien verärgert über Selenskyjs Habgier, so Burns gegenüber dem ukrainischen Präsidenten, denn «er nahm einen grösseren Anteil des abgeschöpften Geldes, als an die Generäle ging».

Keine Erfahrung, kein Urteilsvermögen

Burns legte Selenskyj auch eine Liste mit 35 Generälen und hohen Beamten vor, deren Korruption der CIA und anderen Mitgliedern der amerikanischen Regierung bekannt war. Selenskyj reagierte auf den amerikanischen Druck zehn Tage später, indem er zehn der auffälligsten Beamten auf der Liste öffentlich entliess und ansonsten wenig unternahm. «Die zehn, die er loswurde, prahlten schamlos mit dem Geld, das sie hatten, und fuhren in ihrem neuen Mercedes durch Kiew», sagte mir der Geheimdienstmitarbeiter.

Selenskyjs halbherzige Reaktion und die mangelnde Besorgnis des Weissen Hauses seien ein weiteres Zeichen für die lasche Führung, die zum «totalen Zusammenbruch» des Vertrauens zwischen dem Weissen Haus und einigen Teilen der Geheimdienste führe, fügte der Geheimdienstmitarbeiter hinzu. Ein weiterer Streitpunkt, von dem ich in meiner jüngsten Berichterstattung immer wieder gehört habe, sind die schrille Ideologie und das mangelnde politische Geschick von Aussenminister Tony Blinken und dem nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan.

Der Präsident und seine beiden wichtigsten aussenpolitischen Berater «leben in anderen Welten» als die erfahrenen Diplomaten, Militärs und Geheimdienstler, die dem Weissen Haus zugeteilt seien. «Sie haben keine Erfahrung, kein Urteilsvermögen und keine moralische Integrität. Sie erzählen einfach Lügen und erfinden Geschichten. Diplomatisches Abstreiten ist etwas anderes», sagte der Geheimdienstler. «Das muss getan werden.»

Ein prominenter amerikanischer Diplomat im Ruhestand, der Bidens Aussenpolitik gegenüber China und Russland vehement ablehnt, bezeichnete Blinken als wenig mehr als einen «aufgedrehten Kongressmitarbeiter» und Sullivan als «politischen Wahlkampfmanager», die sich plötzlich in der Welt der Hochleistungsdiplomatie wiederfinden, «ohne Empathie für die Opposition. Sie sind anständige Politiker», fügte er hinzu, «aber jetzt haben wir die Energie- und die politische Welt auf den Kopf gestellt. China und Indien verkaufen nun raffiniertes Benzin an die westliche Welt. Das ist einfach ein Geschäft.»

Was weiss das Weisse Haus?

Biden sollte erklären, was zwei vollausgerüstete Brigaden so nah am Kriegsgebiet zu suchen haben.

Die derzeitige Krise wird nicht dadurch erleichtert, dass Putin ebenfalls irrational handelt. Der Geheimdienstmitarbeiter sagte mir, dass alles, was Putin in der Ukraine tue, «den langfristigen Interessen Russlands zuwiderläuft. Seine Handlungen werden von Emotionen, nicht Rationalität geprägt, und er tut Dinge, die völlig unproduktiv sind. Werden wir uns also mit Selenskyj und Putin zusammensetzen und eine Lösung finden? Auf keinen Fall.»

«Es gibt einen totalen Bruch zwischen der Führung des Weissen Hauses und den Geheimdiensten», sagte der Geheimdienstmitarbeiter. Das Zerwürfnis geht auf den Herbst zurück, als Biden, wie ich Anfang Februar berichtete, die verdeckte Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee anordnete. **«Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines wurde nie diskutiert und war den Geheimdiensten auch nicht im Voraus bekannt»**, sagte der Beamte. «Und es gibt keine Strategie zur Beendigung des Krieges.»

«Die USA verbrachten zwei Jahre mit der Planung für die Invasion in der Normandie im Zweiten Weltkrieg. Was werden wir tun, wenn China beschliesst, in Taiwan einzumarschieren?» Der Beamte fügte hinzu, dass der Nationale Geheimdienst noch keine nationale Geheimdienstschätzung (National Intelligence Estimate – NIE) zur Verteidigung Taiwans gegen China in Auftrag gegeben habe, die im Fall eines solchen Ereignisses nationale Sicherheit und politische Orientierung bieten werde.

Trotz wiederholter amerikanischer politischer Provokationen von Demokraten und Republikanern gebe es bisher keinen Grund zu der Annahme, dass China die Absicht habe, in Taiwan einzumarschieren, so der Beamte. Das Land hat Milliarden mit dem Aufbau seiner ehrgeizigen «Belt and Road Initiative» verloren, die Ostasien mit Europa verbinden soll, und investiert, vielleicht törichterweise, in Seehäfen auf der ganzen Welt. «Der Punkt ist», sagte mir der Beamte, dass es keinen funktionierenden NIE-Prozess mehr gebe.

«Burns ist nicht das Problem», sagte der Beamte. «Das Problem sind Biden und seine wichtigsten Leutnants» – Blinken und Sullivan und ihr Hofstaat –, die diejenigen, die Selenskyj kritisierten, als Pro-Putin-Anhänger betrachteten. Wir sind gegen das Böse. Die Ukraine wird kämpfen, «bis die letzte militärische Granate verschossen ist, und wird weiterkämpfen». Und hier ist Biden, der Amerika sagt, dass «wir so lange kämpfen werden, wie es nötig ist».

Der Beamte verwies auf die wenig bekannte und selten diskutierte, von Biden genehmigte Entsendung von zwei Brigaden mit Tausenden der besten Kampfeinheiten der amerikanischen Armee in die Region. Eine Brigade der 82. Luftlandedivision hat von ihrem Stützpunkt in Polen aus, nur wenige Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt, intensiv trainiert und geübt.

Sie wurde Ende letzten Jahres durch eine Brigade der 101. Luftlandedivision verstärkt, die in Rumänien stationiert war. Zusammen mit den Verwaltungs- und Unterstützungseinheiten – mit den Lastwagen und Fahrern, die den ständigen Strom von Waffen und militärischer Ausrüstung auf dem Seeweg transportieren, um die Einheiten kampfbereit zu halten – könnte die tatsächliche Mannstärke der beiden Brigaden mehr als 20 000 betragen.

Die Geheimdienstmitarbeiter sagten mir, dass «es keine Beweise dafür gibt, dass irgendein hochrangiger Beamter im Weissen Haus wirklich weiss, was in der 82. und 101. vor sich geht. Sind sie im Rahmen einer Nato-Übung dort oder um mit Nato-Kampfeinheiten zu dienen, falls der Westen beschliesst, russische Einheiten in der Ukraine anzugreifen? Sind sie dort, um zu trainieren oder um als Auslöser zu dienen?

Die Einsatzregeln besagen, dass sie die Russen nicht angreifen dürfen, es sei denn, unsere Jungs werden selbst angegriffen.

«Aber die Jüngeren haben hier das Sagen», fügte der Beamte hinzu. «Es gibt keine Koordination des NSC (National Security Council), und die US-Armee bereitet sich auf den Krieg vor. Es ist nicht klar, ob das Weisse Haus weiss, was vor sich geht. Hat der Präsident das amerikanische Volk über die Vorgänge unterrichtet? Die einzigen Informationen, die die Presse und die Öffentlichkeit heute erhalten, stammen von Sprechern des Weissen Hauses.»

«Dies ist nicht nur eine schlechte Führung. Es gibt keine. Null.» Der Beamte fügte hinzu, dass ein Team ukrainischer Kampfpiloten jetzt hier in Amerika ausgebildet werde, um in den USA gebaute F-16-Kampffjets zu fliegen, mit dem Ziel, bei Bedarf im Kampf gegen russische Truppen und andere Ziele innerhalb der Ukraine zu fliegen. Eine Entscheidung über einen solchen Einsatz wurde noch nicht getroffen.

Die klarsten Aussagen zur amerikanischen Politik kamen nicht aus dem Weissen Haus, sondern aus dem Pentagon. Armeegeneral Mark A. Milley, der Vorsitzende der Generalstabschefs, sagte am 15. März über den Krieg: «Russland bleibt isoliert. Seine militärischen Bestände gehen rasch zur Neige. Seine Soldaten sind demoralisierte, untrainierte, unmotivierte Wehrpflichtige und Sträflinge, und ihre Führung lässt sie im Stich. Da Russland seine strategischen Ziele bereits verfehlt hat, verlässt es sich zunehmend auf andere Länder wie den Iran und Nordkorea. [. . .] Diese Beziehungen beruhen auf den grausamen Banden der Unterdrückung der Freiheit, der Untergrabung der Freiheit und der Aufrechterhaltung ihrer Tyrannei. [. . .] Die Ukraine bleibt stark. Sie ist fähig und gut ausgebildet. Die ukrainischen Soldaten sind in ihren Kampfverbänden stark. Ihre Panzer, Schützenpanzer und gepanzerten Fahrzeuge werden die Frontlinie nur verstärken.»

Optimistischer US-General

Es gibt Anzeichen dafür, dass Milley so optimistisch ist, wie er klingt. Mir wurde gesagt, dass die Generalstabschefs vor zwei Monaten Mitglieder des Stabs – der militärische Ausdruck lautet «The Mission» – mit der Ausarbeitung eines Vertrags zur Beendigung des Krieges beauftragt haben, der den Russen nach ihrer Niederlage auf dem Schlachtfeld der Ukraine vorgelegt werden soll.

Wenn die unterbesetzte und unterlegene ukrainische Armee in den nächsten Monaten in Bedrängnis gerät, werden sich dann die beiden amerikanischen Brigaden mit den Nato-Truppen

zusammenschliessen und der russischen Armee innerhalb der Ukraine entgegenzutreten? Ist dies der Plan oder die Hoffnung des amerikanischen Präsidenten?

Ist dies das Kamingespräch, das er halten wird? (Anspielung auf eine Serie von Radioansprachen von US-Präsident Franklin D. Roosevelt zwischen 1933 und 1944.) Wenn Biden beschliesst, dem amerikanischen Volk seine Gedanken mitzuteilen, sollte er vielleicht erklären, was zwei vollausgerüstete und -versorgte Armeebrigaden so nahe am Kriegsgebiet zu suchen haben.

Dieser Text erschien zuerst auf dem Blog von US-Reporter-Legende Seymour Hersh:<https://seymourhersh.substack.com>.

xxx

Ukraine News: Putin besucht russische Truppen in eroberten Gebieten

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN, 18.04.2023

Aktuelle Nachrichten zur Ukraine im Überblick. Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten bringen aktuelle Informationen zum Land in Osteuropa. Lesen Sie hier unseren Lagebericht.



Wladimir Putin, Präsident von Russland, am Dienstag bei seiner Ankunft an einem nicht genannten Ort. (Foto: dpa)

18/04/2023 10:02 Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach Kreml-Angaben Truppen und militärische Hauptquartiere in besetzten Gebieten der Ukraine besucht. Dort habe er mit einem General der Luftlandetruppen, der eine führende Rolle bei der russischen Invasion übernommen haben soll, über den Krieg gesprochen, teilte das Präsidialamt in Moskau am Dienstag weiter mit. Unterdessen berichtete die ukrainische Armee von verstärkten russischen Angriffen in der seit Wochen schwer umkämpften Stadt Bachmut im Osten des Landes.

Putin wurde im russischen Staatsfernsehen in einer schweren blauen Jacke gezeigt, wie er aus einem Militärhubschrauber stieg und hochrangige Militärkommandeure begrüßte. Es wurde allerdings nicht gesagt, wann der Besuch genau stattgefunden hat. Ein Hinweis ist nur sein Ostergruß an Soldaten. Die russisch-orthodoxe Kirche feierte Ostern am 16. April.

Nach Angaben des Kremls nahm Putin an einer militärischen Kommandositzung im besetzten Teil der südukrainischen Region Cherson teil. Kommandeure der Luftlandetruppen und der Armeegruppe "Dnjepr" sowie andere hochrangige Offiziere hätten Putin über die Lage in den von Russland annektierten südukrainischen Regionen Cherson und Saporischschja informiert. Zudem habe Putin das Hauptquartier der Nationalgarde in der ostukrainischen Region Luhansk im Donbass besucht, die wie auch die Region Donezk ebenfalls im vergangenen Jahr von Russland annektiert wurde. Die Regierung

in Moskau hat als ein Hauptziel ihrer Invasion die komplette Eroberung von Luhansk und Donezk in der Industrie-Region Donbass im Osten der Ukraine genannt.

In der durch die seit Monaten andauernden Kämpfe verwüsteten Stadt Bachmut setzten russische Truppen verstärkt schwere Artillerie und Luftangriffe ein, wie der Kommandeur der ukrainischen Bodentruppen mitteilte. Russland sei weiterhin entschlossen, Bachmut "um jeden Preis" einzunehmen. Während die ukrainische Seite von sehr hohen russischen Verlusten spricht, haben nach russischen Angaben auch die ukrainischen Streitkräfte schwere Verluste erlitten. Reuters konnte die Lage auf dem Schlachtfeld nicht überprüfen.

Die Einnahme von Bachmut könnte für Russland ein Sprungbrett sein, um danach auf zwei größere Städte in der ostukrainischen Region Donezk vorzurücken, nämlich Kramatorsk und Slowjansk. Allerdings gibt es seit Wochen Spekulationen über eine mögliche ukrainische Frühjahrs-Offensive, um besetzte Gebiet zurückzuerobern.

Die Außenminister der sieben großen westlichen Industriestaaten (G7) verurteilten unterdessen Russlands angekündigte Stationierung von Atomwaffen in Belarus. "Jeder Einsatz von chemischen, biologischen oder nuklearen Waffen durch Russland würde schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen", heißt es in der Abschlusserklärung des Treffens in Japan. (Reuters)

xxx

Rückschau und Historie- das orthodoxe Osterfest in Russland und Ukraine

Von Marcel Bühler, Zürich, 19.04.2023

Am vergangenen Sonntag (16.April) haben die Orthodoxen das Osterfest gefeiert. Der russische Patriarch Kyrill hat in der Christus-Erlöser-Kirche (wo vor Jahren die Frauen von "Pussy Riot" ihren skandalösen Auftritt hatten) einen feierlichen Gottesdienst abgehalten bei dem Präsident Putin persönlich anwesend war. In seiner Ansprache hoffte der Patriarch auf ein baldiges Ende des Konfliktes in der Ukraine. Dabei erinnerte er an das gemeinsame Erbe der Kiewer Rus ("das geeinte Russland") welches die brüderlichen Völker der "Grossrussen" und der Ukrainer, der "Kleinrussen", sowie andere slawische Völker (wie etwa die Weissrussen) miteinander verbinde:

Vielleicht war Patriarch Kyrill dabei nicht bewusst, dass gerade die Bezeichnung "Kleinrussen" bei den Ukrainern gewisse Minderwertigkeitsgefühle gegenüber den "Grossrussen" (den "Moskali") hervorruft, welche ihren Nationalismus befeuern und ihren Drang, sich politisch, ökonomisch und konfessionell vom "grossen Bruder" zu emanzipieren. Daher auch die Spaltung der ukrainisch-orthodoxen Kirche im Jahre 2018 in einen unabhängigen und einen weiterhin zum russischen Patriarchat gehörenden Teil welche für viele Gläubige in Moskau schwer verständlich ist:

Die Westukrainer, die nie zur russischen Ukraine gehörten und schon im 1. Weltkrieg als Soldaten der K&K-Monarchie gegen das zaristische Russland kämpften (die Front verlief 1916 mitten durch Wolhynien und Galizien bis in die Bukowina), haben sich sowieso nie als "Brudervolk" der Russen verstanden. Sie kämpften im 2. Weltkrieg bekanntlich auf Seiten der Deutschen mit der SS-Division "Galizien" gegen die Sowjets und Polen und waren oft auch militante Antisemiten (zumindest die Anhänger von Stepan Bandera). Erst nach dem Krieg wurden sie nach dem Willen Stalins Teil der ukrainischen Sowjetrepublik, wo sie aber noch bis in die 50er Jahre hinein offen Widerstand leisteten (UPA-Partisanen). Sie waren daher auch die massgeblichen Treiber hinter dem "prowestlichen" Putsch von 2014 (mit ausländischer Unterstützung), übernahmen nach dem "Regimechange" die entscheidenden Ministerien (Inneres, Verteidigung, Kultur) und begannen sofort mit ihrem Kampf gegen alles russische in der Ukraine (insbesondere im Osten und Süden des Landes). Dies führte zum Krieg von 2014 den Präsident Poroschenko als "Antiterrorkrieg" deklarierte und der 2015 durch das Minsker Abkommen hätte beendet werden sollen. Dieses wurde jedoch nie wirklich umgesetzt, sondern nur für die Aufrüstung und Ausbildung der ukrainischen Armee genutzt.

Durch den aktuellen blutigen Krieg ist die Spaltung der beiden slawischen Völker weiter vertieft worden. Eine Versöhnung der beiden Kontrahenten dürfte auch nach dem Sturz der Regierung Selenskij ein langwieriger Prozess sein, der von beiden Seiten viel Selbstkritik für die Fehler der Vergangenheit erfordern wird. Der Chef von PMC Wagner, Jewgenij Prigoschin, der vom Heldenmut und der Opferbereitschaft vieler Ukrainer beeindruckt scheint, hat auf Ostern in einer symbolischen Geste rund 130 ukrainische Kriegsgefangene nach Hause entlassen:

Auch die Christianisierung der Ostslawen verlief nicht über Nacht. Den ersten Versuch machte Fürstin Olga, auf die sich im vergangenen März eine Altgläubige des Kiewer Höhlenklosters bezogen hatte. Olga (abgeleitet vom skandinavischen Helga) wurde ca. 920 in Pskow als Tochter von Warägern (Wikingern) geboren und heiratete Igor I, der bereits seit 912 Fürst von Kiew war. 942 wurde der gemeinsame Sohn Swjatoslaw geboren. Da Igor im Jahre 945 vom nordukrainischen Stamm der Drewljaren ermordet wurde, übernahm Olga die Herrschaft über die Kiewer Rus anstelle ihres minderjährigen Sohnes. Sie führte mehrere Rachefeldzüge gegen den Stamm der Drewljaren durch. Vermutlich 957, bei ihrem zweiten Besuch bei Kaiser Konstantin VII von Konstantinopel (Byzanz), wurde sie getauft (Taufname Helena). Da die eigensinnige Olga aber nicht von Byzanz abhängig sein wollte, ersuchte sie 959 beim deutschen König Otto I (dem Grossen) um die Entsendung eines lateinischen Bischofs um ihre slawischen Untertanen zu christianisieren. Der dafür bestimmte Mönch Adalbert kehrte jedoch 962 unverrichteter Dinge nach Deutschland zurück, da inzwischen der Sohn Olgas als Swjatoslaw I die Herrschaft angetreten hatte und offenbar am Heidentum festhielt. Fürstin Olga starb am 11.7.969 in Kiew.

Erst Fürst Wladimir I (der Heilige) übernahm 988 wieder von Byzanz das orthodoxe Christentum und liess seine Untertanen zwangstauften. Die heidnischen Götzenbilder aus Holz sollen dabei nach der Überlieferung in den Dnjepr geworfen worden sein. Im Zuge der Auseinandersetzungen um das Kiewer Höhlenkloster bzw. den Metropolitan Pawel haben sich einige Rechtsextreme und Hooligans wieder offen zum Heidentum bekannt: